

Aktuelle Post aus dem Kreistag (4)



6. Oktober 2021

Sehr geehrte Damen und Herren!

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir berichten von der Kreistagssitzung am 6. Oktober 2021.

Eigentlich sollte der Kreishaushalt für die nächsten zwei Jahre eingebracht werden. Doch der Kämmerer, Herr Walther (CDU), bat um Aufschub. Ausgaben, die wegen Corona nötig waren, konnten bisher noch nicht ausreichend erfasst werden. Damit verschiebt sich die Haushaltsvorlage.

Zur Zeit laufen Recherchen für die Mietobergrenzen (MOG) des Wetteraukreises.

MOG müssen alle zwei Jahre neu errechnet werden. Sie legen fest, wie viel Geld Menschen im Sozialhilfe- oder Hartz4-Bezug maximal für Miete ausgeben dürfen. Übersteigen die tatsächlichen Mietkosten die MOG, dann zahlen Jobcenter oder Sozialamt diese Miete nicht in voller Höhe. Dann müssen diese Haushalte einen Teil ihrer Grundsicherung dazu verwenden, um die Wohnung zu bezahlen. Bei den teuren Mieten, die auf dem Wohnungsmarkt aufgerufen werden, belastet das besonders Familien mit Kindern sehr: Zahlen der Bundesregierung belegen, dass sie bis zu einem Drittel der Mietkosten von den Lebenshaltungskosten abzwacken müssen. Wir stellten einen Antrag, die Unterdeckung bei der Miete zu beenden und endlich einen Mietspiegel zu erstellen.

Darüber berichten wir in der heutigen Ausgabe:

1. Antrag DIE LINKE.: Mietobergrenzen
2. Änderungsantrag DIE LINKE. zum Antrag der Grünen:
Integration von afghanischen Geflüchteten
Änderungsantrag der AfD
3. Antrag DIE LINKE.: Öffnung des Jobcenters Wetterau für die Hilfesuchenden
4. Neues Verwaltungsgebäude des Wetteraukreises in Friedberg und Sanierung der Kreisverwaltung in Büdingen
5. Frauenförderplan
6. AfD-Antrag: Abwahl des Kreistagsvorsitzenden

RÜCKLICHT



Bundestagswahl: Wir danken unseren Wählerinnen und Wählern!

In den Wahlkreisen Wetterau I (175) und Wetterau II / Main-Kinzig / Vogelsberg (175) haben 7982 Wähler:innen ihre Erststimme für die linken Direktkandidaten Stella Smith und Julian Eder abgegeben. Bei den Zweitstimmen waren es 9213 für DIE LINKE. Über diese Stimmen freuen wir uns! Dennoch sind wir mit dem Wahlergebnis nicht zufrieden, denn wir sind in beiden Wahlkreisen nicht über die Fünfprozentmarke gekommen. In Wetterau I lag unser Ergebnis bei 3,57 % und in Wetterau II bei 3,19 %. Die Ursachen für das schwache Abschneiden sind vielfältig und werden uns noch eine Weile beschäftigen. Doch

es wird auch weiterhin eine Stimme brauchen für soziale Gerechtigkeit, Abrüstung und eine sozial orientierte Klimapolitik. Dafür lohnt sich Opposition.

Der Rote Laden ist umgezogen

Seit 1. Oktober 2021 ist DIE LINKE. in der Friedberger Usagasse 26 zu finden. Besuchen Sie uns doch einmal/ Besucht uns doch einmal! Kontakt: info@die-linke-wetterau.de



Klimastreik auch in Friedberg und am 22. Oktober zentraler Klimastreik in Berlin

Am 24. September waren bundesweit 620.000 Menschen für das Klima auf der Straße. 500 davon demonstrierten in Friedberg. DIE LINKE. Wetterau war dabei. Fridays for Future organisiert am 22. Oktober 2021 in Berlin einen zentralen Klimastreik. DIE LINKE, ruft dazu auf, sich zu beteiligen. Ein Bus wird in Friedberg halten und Streikende mitnehmen. Infos sind im Netz zu finden: www.klima-streik.org



Antrag DIE LINKE.: Mietobergrenzen des Wetteraukreises

Was ist an diesen Mietobergrenzen so wichtig?

Wenn Menschen in soziale Notlagen geraten und staatliche Hilfe brauchen, gehört dazu auch die Wohnungsmiete. Natürlich werden durch Hartz4 und Sozialhilfe keine Luxuswohnungen bezahlt. Aber für eine Wohnung einfachen Standards muss es reichen.

Dafür legt der Wetteraukreis – wie viele andere Kommunen auch – Mietobergrenzen fest. In einem so genannten „Schlüssigen Konzept der Mietobergrenzen“ muss dargelegt werden, wie diese Mietobergrenzen berechnet worden sind. Das muss alle zwei Jahre aktualisiert werden. So sieht es das Gesetz vor.

Zum 1. Januar 2022 werden im Wetteraukreis die Mietobergrenzen aktualisiert. In der Verwaltung laufen derzeit die dazu nötigen Recherchen. Im besten Fall werden die Mieten auf dem Wohnungsmarkt ausreichend berücksichtigt. Im schlechtesten Fall wird der Wohnungsmarkt nicht realistisch einbezogen.

Die Datenbasis, die den Wetterauer Mietobergrenzen zugrunde liegt, erfasste bisher etwa zu 75 Prozent Bestandswohnungen und zu 25 Prozent Wohnungen des Wohnungsmarkts. Was heißt das? In Bestandswohnungen leben Menschen – manchmal schon Jahre oder Jahrzehnte. Ihre Miete liegt oft weit unter den Preisen, die aktuell auf dem „freien Wohnungsmarkt“ aufgerufen werden. Wenn nur zu 25 Prozent die Mieten des Wohnungsmarktes berücksichtigt werden, bedeutet das: Der Wetteraukreis rechnet die tatsächlichen Mietkosten herunter. Haushalte, die soziale Hilfen bekommen, erhalten zu wenig Zuschuss für die Miete. Schon 2020 hatten wir auf eine Kleine Anfrage der Linken im Bundestag hingewiesen. Dort teilte die Bundesregierung mit, dass im Wetteraukreis seit Jahren die tatsächlichen Mietkosten vieler Haushalte stark unterschritten werden. Besonders Haushalte mit Kindern waren betroffen: Alleinerziehende mit 28,1 Prozent und Familien mit Kindern zu 26,5 Prozent. Eine erneute Kleine Anfrage zu Thema erbrachte im Juli 2021, dass sich kaum etwas geändert hat. Bei Alleinerziehenden müssen weiterhin 28 Prozent (-0,1%) Mietkosten aus ihrer Grundsicherung bezahlen – obwohl diese ja das Existenzminimum darstellt! Familien mit Kindern sind in 25,9 Prozent der Fälle betroffen (-0,5%). Also keine Verbesserung! Wohnen darf nach unserer Überzeugung nicht noch zusätzlich arm machen! Deswegen beantragten wir, endlich einen qualifizierten Mietspiegel für den Wetteraukreis zu erarbeiten statt des „Schlüssigen Konzepts“. Beim „Schlüssigen Konzept“ können Bestandsmieten in großer Zahl zur Berechnung herangezogen werden. Ein Mietspiegel muss sich auf die Preise des Wohnungsmarkts beziehen.

Hier ist unser Antrag im Wortlaut zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1369-realistische-kosten-der-unterkunft-berechnen-endlich-einen-mietspiegel-einf%C3%BChren.html>

Das war unsere Rede:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/reden/1380-mietspiegel-statt-mietobergrenzen.html>

Die Grünen und die Freien Wähler unterstützten unser Ansinnen nach einem Mietspiegel. Die anderen Parteien sehen keinen Handlungsbedarf.

Änderungsantrag DIE LINKE. zum Antrag der Grünen: Integration von afghanischen Geflüchteten. Dazu: Änderungsantrag der AfD.

Der Antrag der Grünen will eine rasche Integration afghanischer Ortskräfte im Wetteraukreis erreichen. Dieses Ziel unterstützt auch die Fraktion DIE LINKE.

Aber auch afghanische Geflüchtete, die schon länger hier sind brauchen endlich Integrationsmöglichkeiten.

Unser Änderungsantrag ist hier: <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1374-integration-f%C3%BCr-afghanische-gef%C3%BChtete-endlich-erm%C3%B6glichen.html>

Das war unsere Rede:

Änderungsantrag zum Antrag der Grünen:

Integration von Ortskräften bzw. aktuell Geflüchteter aus Afghanistan

Kreistagssitzung am 6. Oktober 2021

Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

bis vor einigen Wochen - bis kurz vor dem Abzug der ISAF-Truppen aus Afghanistan - wurden afghanische Geflüchtete aus Deutschland in das Kriegsland abgeschoben. Begründet wurde das: Es gäbe sichere Gebieten in Afghanistan. Dies geschah wider besseres Wissen!

Für afghanische Geflüchtete wurden keine Bleibe- und Zukunftsperspektiven erarbeitet.

Dies geschah auch noch in der Zeit, als schon in Doha verhandelt wurde und durchaus klar war, dass die ISAF-Truppen abziehen würden und dass ein Erstarken der Taliban und ihre Rückkehr an die Regierung erfolgen würde.

Dass der Truppenabzug eine Überraschung für die Bundesregierung gewesen sein soll, entspricht nicht der Wahrheit. Unsere Regierungsvertreter waren in Doha dabei.

Selbst jetzt, nachdem die Taliban das Land unter Kontrolle gebracht haben, ist der Aufenthaltsstatus der Geflüchteten nicht gesichert – weder derjenigen, die schon länger hierher geflohen sind, noch derjenigen, die jetzt neu ankommen.

Wir haben diesen Änderungsantrag gestellt, um darauf aufmerksam zu machen, dass Afghanistan nicht nur für die Ortskräfte ein unsicheres Land ist. Selbstverständlich hat die Bundesregierung Verantwortung für die Kräfte, die vor Ort für die ISAF-Truppen gearbeitet haben und wir sollten auch hier in der Wetterau für ihre Aufnahme sorgen.

Aber auch die Geflüchteten, die schon länger hier sind, brauchen eine Perspektive!

Wenn die Regierung der Taliban als brutales Regime eingeschätzt wird, in dem Andersdenkenden und auch Rückkehrer:innen Gefahr für Leib und Leben droht, dann sollten alle afghanischen Geflüchteten ein Bleiberecht bekommen und auch Zukunftsperspektiven – nicht nur aktuell Geflüchtete.

Der Wetteraukreis nimmt jetzt unbegleitete jugendliche Flüchtlinge aus Afghanistan auf, die ihm zugeteilt werden. Mit einer Bleibeperspektive für Geflüchtete aus Afghanistan tat sich die Mehrheit der Abgeordneten schwer.

Antrag DIE LINKE.: Öffnung des Jobcenters für Hilfesuchende

Wir haben bereits zweimal in der Post aus dem Kreistag über diesen Antrag berichtet.

Zur Erinnerung: Seit dem ersten Lockdown ist das Jobcenter und sein Eingangsbereich für Hilfesuchende geschlossen. Für viele Menschen ergeben sich dadurch kaum überwindbare Hürden. Laut Sozialgesetzbuch müssen die Jobcenter generell dafür sorgen, dass Grundsicherungsempfänger die ihnen zustehenden Leistungen umfassend und zügig erhalten. Auch eine Pandemie entbindet die Jobcenter nicht von der Pflicht, ihre Dienstgebäude für jeden zugänglich und barrierefrei zur Verfügung zu stellen (§ 17 SGB I). Zumindest der Eingangsbereich muss geöffnet sein. Hilfesuchende müssen Formulare abholen oder Unterlagen abgeben können. Das ist mit einem entsprechenden Hygienekonzept auch möglich. Der Wetteraukreis ist gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit Träger des Jobcenters und damit zuständig.

Im Ausschuss für Jugend, Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung JSFGG wurde uns vom Chef des Jobcenters mitgeteilt: Am 1. September 2021 öffnet das Jobcenter wieder. Wir haben die Besucher:innen der Sozialsprechstunde der Linken Hartz4-Hilfe befragt, ob das stimmt. Zwar hatte das Jobcenter geöffnet aber für eingereichte Unterlagen wurde ein Eingangsstempel verweigert. Die Ausschussvorsitzende Lenz (CDU) leitete dies an das Jobcenter weiter und erhielt folgende Antwort:

jobcenter
Wetterau

Friedberg, den 29.09.2021

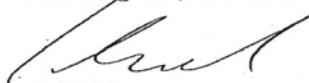
Stellungnahme zum Antrag Die LINKE KT20210714 vom 08.06.2021

Im o. g. Antrag wird u. a. bemängelt, dass im JC Wetterau der Eingangsstempel entfällt.

Ich bestätige hiermit, dass im JC Wetterau jedes Schriftstück einen Eingangsstempel erhält.

Darüber hinaus erhalten Hilfesuchende auf Wunsch eine Bestätigung darüber, dass ein Schriftstück oder eine Kopie persönlich abgegeben wurde. Dies erfolgt in der Regel per Stempel auf dem Original oder einer weiteren Zweitschrift des entsprechenden Schriftstückes.

Die Mitarbeitenden des JC Wetterau werden aufgrund dieses Antrages durch die Führungskräfte erneut entsprechend sensibilisiert und angewiesen.



Schuld

Geschäftsführer

Leider können wir diese Aussage des Jobcenter-Chefs derzeit noch nicht bestätigen. Noch am Montag, 4. 10. 21 wurde Hilfesuchenden der Eingangsstempel verweigert. Wir hoffen, dass der gute Wille des Herrn Schulz Früchte trägt. Denn die Eingangsstempel sind wichtig, um die Abgabe der Unterlagen beweisen zu können. Bei mangelnder „Mitarbeit“ streicht das Jobcenter die Leistungen.

Wir bleiben dran.

Zum nachlesen: <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1337-eingangsbereich-des-jobcenters-endlich-%C3%B6ffnen-hilfe-muss-auch-in-der-pandemie-m%C3%B6glich-sein.html>

Antrag der Koalition aus SPD und CDU: Neues Verwaltungsgebäude für die Kreisverwaltung in Friedberg und Sanierung der Kreisverwaltung in Büdingen

In Friedberg soll das ehemalige Kasernengelände bebaut werden. Dort will der Wetteraukreis ein Grundstück kaufen und für 450 Mitarbeiter:innen ein Verwaltungsgebäude neu bauen. Derzeit sind viele Büros im Stadtgebiet Friedbergs verteilt.

In Büdingen soll das Gebäude in der Berliner Straße saniert und erweitert werden.

Dazu benötigt die Verwaltung einen grundlegenden Kreistagsbeschluss.

FDP und Grüne haben Änderungsanträge gestellt und es wurde versucht, Klimaziele und mobiles Arbeiten im Grundsatzbeschluss zu verankern. Zuletzt hat der Kreistag mehrheitlich für den Neubau und die Sanierung gestimmt.

Wir haben dazu angemerkt:

„Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

wir sind nicht gegen ein neues Verwaltungsgebäude, in dem die Dienstleistungen der Kreisverwaltung zusammengefasst werden. Und wir sehen es auch als sinnvoll an, dass jetzt auch über eine gute Erreichbarkeit mit dem ÖPNV nachgedacht wird. Und sicher gibt es auch Arbeitsbereiche, die mit mobilem Arbeiten bewältigt werden können.

Doch die erste Aufgabe einer Verwaltung ist es, für die Bürgerinnen und Bürger erreichbar zu sein. Die Angelegenheiten müssen direkt und unkompliziert erledigt werden können.

Das ist unserer Meinung nach das Wichtigste. Und das kommt in Ihren Anträgen nicht vor.

In der Pandemie konnte man erleben, wie es ist, wenn Verwaltungen nicht unkompliziert erreichbar sind. Wenn die Mitarbeiter:innen nicht telefonisch und erst recht nicht direkt angesprochen werden können. Man erreichte sie vielleicht mit Telefonumleitung und dann hatten Sie keinen Zugriff auf ihre Unterlagen.

Wir fordern Sie daher auf, in erster Linie für eine bürgerfreundliche Verwaltung zu planen.“

Frauenförderplan

Wir haben dem Frauenförderplan 2020 bis 2025 zugestimmt. Dass der Wetteraukreis einen solchen Förderplan hat, ist wichtig. Auch wenn wir finden, er hätte ambitionierter ausfallen können. Wenn zum Beispiel 69 Prozent der Beschäftigten der Kreisverwaltung Frauen sind aber nur 45,3 Prozent der Führungskräfte, dann müssen Förderprogramme aufgelegt werden. Und die Personalabteilung braucht eine Ansage.

Dennoch ist der Frauenförderplan weiterhin wichtig und unentbehrlich. Es geht um Gesundheitsfürsorge, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Entlohnung, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten uvm. Die Mehrheit der Fraktionen stimmte für den Frauenförderplan. Mit Ausnahme von AfD und NPD.

AfD-Antrag: Abwahl des Kreistagsvorsitzenden

Wieder auf der Tagesordnung: die Abwahl des Kreistagsvorsitzenden Armin Häuser. Als Dringlichkeitsantrag wurde das auf der letzten Sitzung abgelehnt. Jetzt stand der Antrag zur Abstimmung.

Zur Erinnerung:

Der Kreistagsvorsitzende Häuser war Bundestagsdirektkandidat der CDU. Die Wetterauer Zeitung hatte über eine Podiumsdiskussion im Junity berichtet, in der Häuser Stellung gegen die AfD bezogen hatte: Die AfD-Fraktion im Kreistag halte er immer noch für zu groß.

In einer flammenden Rede verlangte die AfD, dass sich der Kreistagsvorsitzende auch außerhalb des Kreistags neutral verhalten muss. Es wurde mit Klage gedroht und es fielen harte Worte.

Der Antrag wurde abgelehnt. Doch zuvor versuchten mehrere Redner:innen, zu erklären, dass der Kreistagsvorsitzende eine neutrale Sitzungsleitung gewährleisten muss. Dass er aber als Kandidat einer Partei durchaus eine Meinung äußern könne.



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Malin Potengowski, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber